

OECD *Multilingual Summaries*

OECD Economic Outlook, Volume 2018 Issue 2

Preliminary version

Summary in German



Die komplette Publikation finden Sie unter: [10.1787/eco_outlook-v2018-2-en](https://doi.org/10.1787/eco_outlook-v2018-2-en)

OECD-Wirtschaftsausblick, Ausgabe 2018/2

Vorläufige Ausgabe

Zusammenfassung in Deutsch

Einführung: Der Wachstumshöhepunkt ist erreicht, jetzt gilt es eine weiche Landung zu sichern

Die Weltwirtschaft bewegt sich in schwierigem Fahrwasser. Das globale BIP-Wachstum ist stark, hat seinen Höhepunkt aber erreicht. In vielen Ländern liegt die Arbeitslosigkeit deutlich unter ihrem Vorkrisenniveau, Arbeitskräfteengpässe machen sich bemerkbar und die Inflation ist weiterhin verhalten. Handel und Investitionstätigkeit haben sich unter dem Eindruck höherer bilateraler Zölle jedoch verlangsamt, und viele aufstrebende Volkswirtschaften sehen sich mit Kapitalabflüssen und Abwertungen ihrer Währung konfrontiert. Die Weltwirtschaft scheint auf eine weiche Landung zuzusteuern: Den Projektionen zufolge wird sich das globale BIP-Wachstum von 3,7% im Jahr 2018 auf 3,5% in den Jahren 2019-2020 abschwächen. Zahlreiche Risiken könnten jedoch zu einer ungünstigeren Entwicklung führen. Die Politikverantwortlichen werden umsichtig handeln müssen, um ein nachhaltiges, wenn auch langsames BIP-Wachstum zu gewährleisten.

Eine weiche Landung herbeizuführen war immer schon ein schwieriges Unterfangen. Heute gilt dies ganz besonders. Während die Zentralbanken allmählich die Liquiditätszufuhr drosseln – was auch angebracht ist –, haben die Märkte mit der Neubewertung der Risiken begonnen. Damit ist die Volatilität wiederaufgeflammt und die Vermögenspreise sind z.T. gesunken. Internationales Kapital, das die Expansion der aufstrebenden Volkswirtschaften befördert hat, fließt wieder zurück in die fortgeschrittenen Volkswirtschaften, insbesondere in die Vereinigten Staaten. Handelsspannungen erhöhen die Unsicherheit für die Unternehmen und drohen die globalen Wertschöpfungsketten und die Investitionstätigkeit zu beeinträchtigen, vor allem in Regionen mit engen Handelsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten und China. In Europa und im Nahen Osten hat die politische und geopolitische Unsicherheit zugenommen.

Im Falle eines Zusammentreffens mehrerer Risiken könnte die Landung härter werden als erwartet. Erstens könnten weitere Handelsspannungen Handel und BIP-Wachstum belasten und so zu noch mehr Planungs- und Investitionsunsicherheit führen. Zweitens könnten restriktivere finanzielle Rahmenbedingungen die Kapitalabflüsse aus den aufstrebenden Volkswirtschaften verstärken und die Nachfrage zusätzlich drücken. Drittens würde ein drastischer Abschwung in China die aufstrebenden Volkswirtschaften hart treffen. Ein solcher Abschwung hätte aber auch Folgen für die fortgeschrittenen Volkswirtschaften, falls der Nachfrageschock in China weltweit einen erheblichen Rückgang der Aktienkurse und höhere Risikoprämien nach sich ziehen würde.

Auch außerhalb des Handelssektors haben die Spannungen zugenommen. Geopolitische und politische Entwicklungen im Nahen Osten und in Venezuela führen zu volatileren Ölpreisen. In Europa sorgt der Brexit für erhebliche politische Unsicherheit. Die Europäische Union und das Vereinigte Königreich müssen unbedingt zu einer Vereinbarung gelangen, bei der eine möglichst enge Bindung beider Seiten gewährleistet bleibt. In einigen Euroländern könnte das Engagement der Banken in

inländische Staatsanleihen das Kreditwachstum bremsen, falls die Risikoprämien weiter steigen. Dies hätte negative Auswirkungen auf Verbrauch, Investitionen, BIP-Wachstum und letztlich auch die Beschäftigung.

Vor diesem Hintergrund fordern wir die Politikverantwortlichen nachdrücklich auf, das Vertrauen in den internationalen Dialog und die internationalen Institutionen wiederherzustellen. Dies würde die Handelsgespräche stärken und helfen kritische neue Fragen anzupacken und auf Bedenken über die Regeln und Verfahren des bestehenden Handelssystems einzugehen. Konkrete Maßnahmen auf G20-Ebene würden positive Signale aussenden und zeigen, dass die Staaten zu konzertiertem, kooperativem Handeln in der Lage sind, sollte sich das Wachstum stärker abschwächen als erwartet.

Zusammenarbeit ist gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt wichtig, da die Politikverantwortlichen über wenig Spielraum verfügen, um einer abrupten Konjunkturverlangsamung entgegenzuwirken. In einigen Ländern ist die Geldpolitik immer noch sehr akkommodierend, während sich die private und öffentliche Verschuldung im Verhältnis zum BIP auf historisch hohem Niveau bewegt. Die fiskalpolitischen Impulse werden gedrosselt werden, was auch richtig so ist. Im Falle eines Abschwungs sollten die Regierungen das niedrige Zinsniveau jedoch für konzertierte fiskalische Impulse nutzen. In diesem Wirtschaftsausblick beschreiben wir Simulationsrechnungen, die zeigen, dass mit konzertierten fiskalischen Impulsen auf globaler Ebene schnell und wirkungsvoll auf eine über Erwartungen starke weltweite Konjunkturverlangsamung reagiert werden könnte.

Das fragile Umfeld macht deutlich, wie wichtig es ist, die Europäische Währungsunion zu vollenden, wie dies im letzten OECD-Wirtschaftsausblick für den Euroraum zu lesen war. Die Bankenunion muss dringend zum Abschluss gebracht werden. Fehlende Fortschritte auf diesem Gebiet haben in einigen Ländern zu einer Zunahme der Bestände an inländischen Staatsanleihen in den Bankbilanzen geführt. Dies erhöht die Unwägbarkeiten und bewirkt, dass das vertrauensschädigende Redenominierungsrisiko bestehen bleibt. Fortschritte bei der Einrichtung einer gemeinsamen Fiskalkapazität würden Vertrauen in die Fähigkeit des Euroraums schaffen, Schocks abzuwehren und das Wachstum zu sichern.

Für viele Menschen brachte die seit der Finanzkrise verzeichnete weltweite Erholung keine greifbare Verbesserung ihres Lebensstandards. In einer Reihe aufstrebender Volkswirtschaften ist die absolute Armut zwar deutlich zurückgegangen; in vielen fortgeschrittenen Volkswirtschaften ließ die Krise jedoch ein über Jahrzehnte gewachsenes Wohlstandsgefälle zwischen höher qualifizierten, mobileren Bevölkerungsschichten und zahlenmäßig stärkeren weniger mobilen, häufig auch weniger qualifizierten Gruppen zutage treten. Diese Einkommensunterschiede werden von Generation zu Generation weitergegeben: Wo jemand geboren ist, wo er zur Schule geht und wo er in den Arbeitsmarkt eintritt, entscheidet über seine Zukunftsaussichten. Diese verfestigte Chancenungleichheit gefährdet Wachstum und Generationenmobilität und nährt die Unzufriedenheit mit der integrierten Weltwirtschaft, die großen Teilen der Welt zu Wohlstand verholfen hat.

Die allgemeine Verlangsamung des Produktivitätswachstums in vielen Volkswirtschaften bremst das Reallohnwachstum. Selbst in Unternehmen mit sehr hoher Produktivität fiel das Wachstum der Löhne schwächer aus als erwartet – u.a. weil Technologie die Investitionskosten sinken lässt. Dies kann zu einer Substitution von Arbeit durch Kapital führen, vor allem bei gering qualifizierten Routinetätigkeiten. Mit zunehmender Digitalisierung wächst die Kluft zwischen hoch qualifizierten Nicht-routinetätigkeiten und gering qualifizierten Routinetätigkeiten. Außerdem hält eine gesunkene Unternehmensdynamik Firmen am Leben, die weniger produktiv und folglich auch weniger in Lage sind, die Löhne zu erhöhen. Zusammen mit einer abnehmenden Umverteilung droht dieser Trend Ungleichheiten zu verstärken.

Die Regierungen können mehr tun, um Produktivitäts- und Lohnsteigerungen zu fördern. Mehr Wettbewerb an den Produktmärkten würde nicht nur zu einer stärkeren Verbreitung neuer Technologien führen und so das Produktivitätswachstum erhöhen, sondern auch dazu beitragen, dass sich Produktivitätssteigerungen in höheren Löhnen niederschlagen. Investitionen in Kompetenzen können Arbeitskräften helfen, vom technologischen Fortschritt zu profitieren, denn höher qualifizierte Arbeitskräfte lassen sich weniger leicht durch neue Technologien ersetzen. Durch wirkungsvolle Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik und Weiterbildung kann jenen geholfen werden, die den Anschluss an den Arbeitsmarkt zu verlieren drohen.

Es gibt Politikentscheidungen, die die Belastungen vergrößern, mit denen unsere Volkswirtschaften konfrontiert sind. Eine bessere Politik, die sich auf mehr Vertrauen und Offenheit stützt, ist daher

dringender nötig denn je, um Arbeitsplätze zu schaffen, Wachstum zu sichern und den Lebensstandard zu heben.

Laurence Boone

OECD-Chefökonomin

© OECD

Diese Zusammenfassung ist keine offizielle OECD-Übersetzung.

Die Wiedergabe dieser Zusammenfassung ist unter Angabe der Urheberrechte der OECD sowie des Titels der Originalausgabe gestattet.

Zusammenfassungen in Drittsprachen enthalten auszugsweise Übersetzungen von OECD-Publikationen, deren Originalfassungen in englischer und französischer Sprache veröffentlicht wurden.



Die komplette englische Fassung erhalten Sie bei OECD iLibrary!

© OECD (2018), *OECD Economic Outlook, Volume 2018 Issue 2: Preliminary version*, OECD Publishing.

doi: 10.1787/eco_outlook-v2018-2-en